

GAR-Rundbrief

Januar 2009

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem ersten Rundbrief im Kommunalwahljahres 2009 findet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Artikel zur Kommunalwahl
2. Kommunaler Klimakongress: Einladung für den 31.1.2009
3. Sparkassen sollen für die LBBW in die Bresche springen
4. Den öffentlichen Auftrag der Sparkassen ökologisch durchbuchstabieren
5. Überwachung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen
6. Städtischer Fuhrpark und Luftreinhaltung
7. Landesregierung und Windkraftnutzung – Klimaschutzziel glatt verfehlt
8. Neuer Schwerpunkt der Kommunalpolitischen Infothek: Kinderarmut
9. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung – nutzen und die kritischen Punkte aufzeigen
10. Frauenpolitische Veranstaltung am 5. März im Landtag.
11. Neue AKP erschienen

1. 2009 ist Kommunalwahljahr – alles Gute an Euch von der GAR!

Der Countdown für die Gemeinderats-, Kreistags- und Regionalwahlen am 7. Juni 2009 hat begonnen. Überall in Baden-Württemberg sind grüne und grün-alternative Menschen in Ortsverbänden, WählerInnen-Vereinigungen und Gruppen aktiv, um attraktive Wahlvorschläge aufstellen und gute Wahlprogramme beschließen zu können. Mit dem flächendeckenden Versand unserer gemeinsam mit dem Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen produzierten Service DVD hoffen wir von der GAR Euch vor Ort wirkungsvoll unterstützen zu können. Auch wenn es anhaltende Debatten über die aktuelle grüne Werbelinie und insbesondere die „MitmacherIN“ gibt, so ist unser Vorschlag für die politische Kommunalwahl-Kampagne 2009 gleichzeitig so flexibel und lässt sich an alle örtliche Gegebenheiten anpassen, dass eigentlich alle Listen, WählerInnen Vereinigungen und Ortsverbände daran partizipieren können. Einzelheiten, von Fragen der grafischen und technischen Anwendung bis zu Druckmöglichkeiten für Eure Werbemittel, besprechen wir jederzeit gerne mit Euch.

Wendet Euch einfach an Sabine in der GAR-Geschäftsstelle. Wir fänden es jedenfalls klasse, wenn wir mit unserem Dienstleistungsangebot zu einer im ganzen Land sichtbaren Wiedererkennung des grünen Kommunalwahlkampfes beitragen können.

Nach Euren ersten Rückmeldungen über den Stand der örtlichen Vorbereitungen auf die Kommunalwahlen haben wir einen guten Eindruck bekommen. Wir werden wohl mindestens in ebenso vielen Gemeinden, Städten und Landkreisen antreten wie 2004, da waren es ein gutes Drittel aller 1.100 Kommunen, alle 35 Landkreise und der Regionalverband Stuttgart. Wo es noch Probleme insbesondere bei der Findung von KandidatInnen gibt, stehen wir Euch mit viel Erfahrung, Rat und wenn nötig auch Tat gerne zur Seite. Wenn Ihr prominente Wahlkampfhilfe in Anspruch nehmen wollt, meldet Euch einfach.

Grüne und das grün-alternative Spektrum in den baden-württembergischen Kommunen verteidigen gemeinsam 1.240 Mandate am 7. Juni, und es könnten danach ruhig ein paar mehr sein. Unsere Schwerpunkte und Themen, unsere anerkannten Köpfe und unser Standing vor Ort erlauben es uns, optimistische Ziele zu setzen, auf Zuwachs vor Ort zu hoffen und uns jetzt selbstbewusst den „heißeren Phasen“ des einsetzenden Wahlkampfes zu nähern. Lasst uns die Europawahlen dabei nicht an die Seite drängen, sondern beide Wahlen mit einer positiven Grundhaltung zu Europa und einer selbstbewussten Vertretung eigenständiger Kommunalen Selbstverwaltung gegen unnötige Einmischung aus Brüssel für Grüns fruchtbar miteinander verbinden.

Ein gutes Gelingen wünschen Euch zum Auftakt des Kommunalwahljahres 2009

AutorInnen: Uli Sckerl für den GAR-Vorstand und Sabine Schlager, GAR- Geschäftsführerin

2. Einladung zum kommunalpolitischen Klimakongress am 31.1. in Stuttgart

Lokal handeln! Unter diesem Motto bietet die Tagung am 31.1. geballte Informationen zum kommunalen Klimaschutz: Es referieren und diskutieren: die Klima- und Energieagentur Baden-Württemberg, (Volker Kienzlen) zwei Grüne Oberbürgermeister, (Dieter Salomon und Boris Palmer) ein grüner Umweltsenator (Reinhard Loske) im Streitgespräch mit der Landesumweltministerin (Tanja Gönner) und der energiepolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion (Franz Untersteller).

Alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind herzlich eingeladen, neue Ideen für mehr Klimaschutz in den Kommunen kennenzulernen und darüber zu diskutieren.

Anmeldungen bitte unter post@gruene.landtag-bw.de oder 0711 2063 660 an die Landtagsfraktion

3. Sparkassen sollen für die Fehler in der LBBW bluten

Die LBBW (Landesbank Baden-Württemberg) hat mit beträchtlichen Folgen der Finanzmarktkrise zu kämpfen. Die Sparkassen als Miteigentümerinnen sollen sich am Rettungsplan der Bank beteiligen, die es vermeiden möchte, den Bankenrettungsfonds des Bundes in Anspruch zu nehmen. Kritik an diesem Weg kam im Landtag nur von den Grünen. Eugen Schlachter, MdL: „Die Grünen im Landtag sehen die Kapitalerhöhung bei der LBBW durch das Land und die Sparkassen sehr kritisch: "Man hat die Sparkassen faktisch gezwungen, sich ebenfalls mit einem Milliardenbetrag zu beteiligen, wollen sie den Einfluss auf ihr eigenes Spitzeninstitut nicht verlieren. Dieses Kapital fehlt den Sparkassen als haftendes Kapital bei der Mittelstandfinanzierung in Baden-Württemberg, drückt auf ihr Rating und macht die Refinanzierung teurer. Diejenigen wie CDU-Fraktionschef Mappus, die ständig von einer für das Land günstigeren Lösung gegenüber der Inanspruchnahme des SoFFin im Kapitalbereich reden, vergessen, dass sie damit die Sparkassen des Landes erheblich belasten, und alle Kunden der Sparkassen indirekt auch".

Die ausführliche PM dazu findet Ihr auf der Seite der grünen Landtagsfraktion:

http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/259/259007.kapitalerhoehung_bei_der_landesbank_spar.html

4. Den öffentlichen Auftrag der Sparkassen ökologisch buchstabieren

Nachhaltigkeit auch für Sparkassen!

Die Sparkassen haben eine Sonderstellung im Bankensystem, da sie öffentlich-rechtliche Banken sind. Die Gemeinwohlorientierung, die sich daraus ergibt, erschöpft sich in der Regel in Sponsoring-Aktivitäten im Bereich Sport und Kultur, gelegentlich auch bei sozialen Projekten. Grüne erwarten mehr von den Sparkassen: als Teil der öffentlichen Hand sollen sie sich den bundesweiten Klimaschutzziele verpflichtet fühlen. Als Ergebnis eines bundesweiten Treffens der Verwaltungsratsmitglieder in Sparkassen hat Gerhard Schick, MdB, einen Musterantrag/Musteranfrage formuliert, die als Anregung für Initiativen in den örtlichen Sparkassen dienen. Dieser Antrag kann im GAR-Büro bestellt werden und steht auf der GAR-Internetseite: <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1382>

5. Überwachung von naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen

bei Bauleitplänen ist ein Überwachungskonzept für Ausgleichsmaßnahmen festzuschreiben
Der Landesnaturschutzverband (LNV) hat im Herbst ein Info zur Überwachung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen veröffentlicht (siehe www.lnv-bw.de/info/info08-06-ausgleich-ueberwachung.pdf). Viele Jahre lang bestand das Problem, dass z.B. bei Bebauungsplänen naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) zwar festgesetzt wurden, aber sich anschließend niemand darum gekümmert hat, ob diese Maßnahmen umgesetzt wurden und ob sie auch wirklich funktionierten. Das hat sich nach Angaben des LNV infolge der SUP-Richtlinie der EU nun geändert. Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zur strategischen Umweltprüfung, kurz SUP-Richtlinie, in nationales Recht sind Gemeinden und Behörden verpflichtet, einen sog. „Umweltbericht“ zu erstellen. Darin müssen sie auch darstellen, wie sie die erheblichen Auswirkungen dieser sog. „Pläne und Programme“ auf die Umwelt überwachen wollen. Derartige „Pläne und Programme“ sind z. B. alle Bauleitpläne (also Bebauungspläne, Flächennutzungspläne).
Gemeinden, die zur Erstellung eines Umweltberichts für einen Bebauungsplan verpflichtet sind, sollten darin Überwachungsmaßnahmen bzgl. der festgelegten Minderungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verankern und dabei eine behördliche Abnahme der Maßnahmen sowie die Verantwortlichkeit für die regelmäßige Überwachung und Dokumentation festlegen. Die Ergebnisse der Überwachung sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (vgl. § 14 m Abs 4 UVPG).
In ihrer Stellungnahme zu einem GRÜNEN Landtagsantrag (Drs. 14/3657; siehe www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3657_d.pdf) führt die Landesregierung zum gleichen Thema aus, dass "nach § 4 c BauGB ... die Gemeinden die erheblichen Umweltauswirkungen zu überwachen [haben], die aufgrund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten.... Grundlage für die Überwachungsmaßnahmen ist das Überwachungskonzept, dass die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanaufstellung und der damit verbundenen Umweltprüfung im Umweltbericht nach Nummer 3 Buchstabe b der Anlage 1 zum BauGB festschreiben muss. Der Zeitpunkt der Überwachung ist nicht durch den Gesetzgeber vorgegeben, sondern wird durch die Gemeinde aufgrund der Gegebenheiten im Einzelfall bestimmt und im Überwachungskonzept festgeschrieben. Zu den durch die Gemeinde zu überwachenden Punkten gehören grundsätzlich auch die Kompensationsmaßnahmen, d. h. in der Regel der für die Eingriffe in Natur und Landschaft durchgeführten Ausgleichsmaßnahmen. Die Gemeinde ist dabei zum einen an ihr Überwachungskonzept und zum anderen an die im Rahmen der Abwägung getroffene Entscheidung zu Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahme gebunden."

Autorin: Gisela Splett, MdL

6. Städtischer Fuhrpark und Luftreinhaltung

Dass alle städtischen Fahrzeuge eine Plakette zum Befahren der Umweltzone haben, ist sicherlich aus grüner Sicht eine Mindestanforderung. Darüber hinaus können aber Kommunen durch Spritsparkurse, durch Beteiligung am Car-Sharing oder durch das Vermeiden von Autofahrten einen Beitrag innerhalb der Stadtverwaltung zur Luftreinhaltung leisten. Eine Anfrage hierzu aus Karlsruhe steht auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1388> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

7. Land setzt sich Klimaziele, und vefehlt sie durch eigene Schuld

Zur Umsetzung der im Entwurf des Energiekonzepts 2020 für den Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg enthaltenen Ziele habe ich Anfang Dezember einen Antrag im Landtag eingebracht. Aus der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums geht hervor, dass 250 größere Anlagen zugebaut werden müßten, um die im "Energiekonzept 2020" enthaltene Zielsetzung zu erreichen. Die Realität in Ba.-Wü. sieht aber an vielen Orten ganz anders aus: Zum Beispiel wurde im Regionalverband Donau-Iller lediglich 1 weitere Anlage in den letzten anderthalb Jahren tatsächlich errichtet hat. Dabei sind dort jetzt 4 Vorranggebiete mit insgesamt 33 WKA-Standorten ausgewiesen. Diese Ausbaugeschwindigkeit hochgerechnet sind wir vermutlich im Jahr 2040 bis die Zahl von 33 WKA tatsächlich erreicht ist (die ersten Türme sind bis dahin schon zusammengerostet...).

Wie wenig die Landesregierung tatsächlich daran interessiert ist die Windkraftnutzung in einem relevanten Umfang auszubauen, wird in der Stellungnahme ebenfalls deutlich. Demnach gehen 121 Anlagen mittelfristig aus der Nutzung, weil sie - vor Inkrafttreten des Landesplanungsgesetzes - außerhalb von Vorranggebieten errichtet wurden. Dass diese Standorte genehmigt und in der Öffentlichkeit akzeptiert sind spielt für den Wirtschaftsminister keine Rolle. Statt dessen verweist man darauf, dass der Ausbau in den Vorranggebieten den Wegfall dieser Anlagen "voraussichtlich kompensiert". Ich empfehle eine Schnecke als Symbol für das Titelblatt des "Energiekonzepts". Die Landtagsanfrage steht im Netz unter http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3689_d.pdf und kann im GAR-Büro bestellt werden.

Autor: Franz Untersteller, MdL

8. Kinderarmut als neuer Schwerpunkt der kommunalpolitischen Infothek

Die Kommunalpolitische Infothek der Heinrich Böll Stiftung hat ein neues Schwerpunktthema auf ihre Internetseite gestellt: Kinderarmut. Link: <http://www.kommunale-info.de/>

Aus dem Vorwort zu diesem Bereich: In vielen Politikfeldern müssen die Kommunen der Kinderarmut möglichst gut vorbeugen und ihren Folgen begegnen. Neben fachlichen Grundlagen zur Kinderarmut stellt die Infothek viele Möglichkeiten zum Handeln vor.

9.1 Das Konjunkturpaket der Bundesregierung

Trotz klarer Mängel und offener Fragen sollten grüne Kommunalis kräftig mitmischen

Seit letzter Woche gibt es auf Bundesebene ein zweites Konjunkturpaket. Der „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ hat ein Volumen von 50 Milliarden Euro. Es handelt sich wie immer bei diesen Paketen um ein Sammelsurium von Maßnahmen, u. a. um Steuer- und Abgabenerleichterungen, darunter aber auch um Investitions-Maßnahmen für Gemeinden, Städte und Landkreise im Umfang von fast 14 Milliarden Euro. Die Grünen im Bundestag haben das II. Paket zu Recht kritisiert, weil es weder nachhaltig noch zielgenau ist und in der Wirkung eher gering ausfallen wird.

Der öffentliche Teil des Investitionsprogramms im Konjunkturpaket II soll in den Jahren 2009 und

2010 Investitionen in Höhe von insgesamt 18 Milliarden Euro, davon 14 Milliarden vom Bund ermöglichen. Die Länder sollen 25 % ko-finanzieren. Weitere 4 Milliarden Euro sind für zusätzliche Bundesinvestitionen, vor allem wohl in Straßen vorgesehen.

Mit zehn Milliarden Euro will die Bundesregierung ein kommunales Investitionsprogramm unterstützen, mit dem Investitionen der Kommunen und der Länder, vor allem bei der Kinderbetreuung, für Schulen und Hochschulen, sowie in die Infrastruktur möglich werden sollen.

Auf die Bildung sollen 6,5 Milliarden Euro entfallen. 3,5 Mrd. Euro sollen in die kommunale Infrastruktur, insbesondere für Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und die Lärmsanierung an kommunalen Straßen fließen. Außerdem ist beabsichtigt, die Breitbandverkabelung in den ländlichen Regionen voranzubringen. Einzelheiten oder gar Bedingungen, unter denen Kommunen das Programm anzapfen können, sollen bis Mitte Februar ausgehandelt sein. Zunächst muss das Programm in den Bundesrat. Der Plan der FDP nach den Hessen-Wahlen Zünglein an der Waage zu spielen und einen Schwerpunkt Steuerentlastungen durchzusetzen, scheint aber nicht aufzugehen, da die Landes-Regierungen mit grüner Beteiligung in Hamburg und Bremen Zustimmung zum Konjunkturpaket II signalisiert haben.

Es ist also noch offen, wie genau kommunale Investitionen möglich und welche Ziele damit erreicht werden können, ob es Beteiligungschancen für finanzschwache Kommunen gibt oder ob eine kommunale Ko-Finanzierung Bedingung ist.

Dennoch sollten wir vor Ort prüfen, ob Zukunftsinvestitionen vorgezogen werden können, ob es vor allem auch Spielräume für eine kommunale Ko-Finanzierung gibt. Wenn das Bundesprogramm sinnvolle Investitionen zeitlich früher als vor Ort geplant möglich macht, sollten wir uns diesen Chancen keinesfalls verschließen. „Investieren in Köpfe und Klimaschutz statt in Beton“ ist dabei eine grüne Leitlinie. Es macht Sinn, die örtlichen Bedingungen zu prüfen, eine Liste aufzustellen und, z. B. unter breiter Beteiligung der BürgerInnen, in eine öffentliche Debatte darüber einzusteigen, was vor Ort an nachhaltigen Investitionen jetzt in der Krise sinnvoll wäre.

Wir werden uns jedenfalls seitens der GAR bemühen, Euch mit dem Rundbrief und im Internet (www.gar-bw.de) jeweils zeitnahe Informationen über die Umsetzung der Bundes - / Landes – Investitionsprogramme zur Verfügung zu stellen. Beispiele Eurer jeweiligen örtlichen Initiativen sind für einen regen Informationsaustausch dabei sehr erwünscht.

Autor: Uli Sckerl, GAR-Vorstand

9.2 Richtungslos, umweltschädlich, unsozial:

Die Bundespartei und die Bundestagsfraktion haben das Klimaschutzpaket bewertet und die Kritik – auch mit Blick auf die Kommunen – in Stellungnahmen zusammengefaßt. Diese stehen auf der GAR-Internetseite unter Aktuell <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1365> und können im GAR-Büro bestellt werden.

10. Internationaler Frauentag: „Der gläserne Aufzug oder warum bleiben Frauen stecken?“

Veranstaltung am 5. März in Stuttgart

Frauen wollen beides, Beruf und Familie, aber in der Arbeitswelt klemmt es für die Frauen nach wie vor gewaltig. Den internationalen Frauentag nimmt die grüne Landtagsfraktion zum Anlass, hier den Finger auf die Wunde zu legen:

Es diskutieren im Landtag in Stuttgart am 5. März 2009 ab 18:30 Uhr

Barbara Streidel, Mitautorin von „Wir Alphamädchen, warum Feminismus das Leben schöner macht“,

Doris Hess, Mitautorin der Brigitte-Studie „Junge Frauen auf dem Sprung“,

Brigitte Lösch, MdL, frauenpolitisch Sprecherin der grünen Landtagsfraktion,

Leni Breymaier, Landesbezirksleiterin von Verdi, angefragt

Martina Klöpfer, Frauenbeauftragte im Enzkreis, angefragt,

Es moderiert **Sabine Schlager**

11. Die neue AKP ist erschienen

Schwerpunktthema: Berg- und Talfahrt der Kommunalfinanzen

Die Weltwirtschaft fährt Schlitten. Und die Kommunen? Ihre finanzielle Situation hat sich in den letzten zwei Jahren leicht verbessert - im Durchschnitt, wohlgemerkt. Schon jetzt sind viele Städte und Gemeinden weit abgeschlagen. Es wird spannend, wohin der weitere Weg der Kommunen führt.

Weitere Themen:

Familienfreundlichkeit kommunaler Arbeitgeber, Kommunalpolitische Beteiligung von Jugendlichen
Wohn- und Versorgungsangebote für Ältere.

Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,- Euro (6 Hefte). Zu beziehen bei: Alternative Kommunalpolitik, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521 177517, Fax 0521 177568, Mail: akp@akp-redaktion.de

Mit herzlichen Grüßen
Sabine Schlager